

Gesellschaftswandel im Kontext der Europäisierung

Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus Südosteuropa ein menschenwürdiges Leben ermöglichen

Im Interview erläutert Professorin Dr. Ingrid Jungwirth Hintergründe und Zielsetzungen des Forschungsprojektes.

G.I.B.: Frau Professorin Dr. Ingrid Jungwirth, Sie leiten ein neues Forschungsprojekt, das sich mit grenzüberschreitender Arbeitsmigration in der Region Rhein-Waal befasst. Welche Ziele hat das Projekt?

Prof. Dr. Ingrid Jungwirth: Das Ziel ist, weitergehende Erkenntnisse über Bedingungen der Arbeitsmigration in Nordrhein-Westfalen zu gewinnen, um

vationen Arbeitgeber*innen entwickelt haben und wie wirksam diese sind. An der Hochschule Rhein-Waal haben wir mit einer Untersuchung (2018 – 2020) zur Quartiersentwicklung in einem Pilotquartier in der Stadt Kleve, an der Grenze zu den Niederlanden, herausgefunden, dass vergleichsweise viele Menschen mit Migrationsgeschichte dort leben. Es gab Berichte über schlechte Wohnbedingungen für Arbeitsmigrant*innen. Anwohner*innen berichteten von grenzüberschreitenden Arbeitsmigrant*innen aus Osteuropa, die in Kleve wohnten und in den Niederlanden arbeiteten. Vor dem Hintergrund dieser Studie haben wir zusammen mit den Kolleg*innen an der Radboud Universität, in den Niederlanden, Projektleitung ist Tesseltje de Lange, beschlossen, die Studie auszuweiten, und uns um eine Umsetzung der Studie auch auf der deutschen Seite der Grenze bemüht.

„Arbeitsmigrant*innen machen Arbeiten, die seit der Pandemie als ‚systemrelevant‘ etikettiert sind.“

Arbeitsmigrant*innen aus Südosteuropa ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Außerdem möchten wir mehr über deren Bedeutung in den sogenannten systemrelevanten Sektoren erfahren, insbesondere in den Branchen Lebensmittelproduktion, Versandhandel und persönliche Dienstleistungen. Darauf aufbauend werden wir Handlungsempfehlungen formulieren, auf deren Grundlage Maßnahmen entwickelt werden können.

G.I.B.: Das Projekt wird vom Land NRW gefördert und ist ein Kooperationsvorhaben mit dem Projekt „Migranten in de frontlinie“ Radboud Universiteit Nijmegen in den Niederlanden, in dem ebenfalls zu dem Thema geforscht wird. Was war Anlass für diese Kooperation?

Prof. Dr. Ingrid Jungwirth: Das niederländische Projekt bildet den Ursprung unseres Forschungsvorhabens. Es nahm im Jahre 2020 die Pandemie als Ausgangspunkt, um zu untersuchen, wie sich die Pandemie auf die Arbeits- und Lebenssituation von Arbeitsmigrant*innen auswirkt. Durch die Pandemie wurden deren schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen sichtbar und öffentlich thematisiert. Ein wichtiges Ziel ist herauszufinden, wie Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie umgesetzt werden, welche sozialen und technischen Inno-

G.I.B.: Welche Erkenntnisse ergeben sich aus den niederländischen Forschungen?

Prof. Dr. Ingrid Jungwirth: Die Politik in den Niederlanden und in Deutschland hat unterschiedliche Ansätze. Auf der deutschen Seite wurden neue Gesetze geschaffen, während in den Niederlanden verstärkt auf Vereinbarungen mit und zwischen den Akteur*innen der Wirtschaft und der Politik gesetzt wird. Grundsätzlich wird mit diesen Regelungen die Freizügigkeit in der EU berührt. Mit unserem Vorhaben wollen wir u. a. die Wirksamkeit dieser unterschiedlichen Ansätze untersuchen. In den Niederlanden gibt es bereits rechtliche Änderungen, die zu einer Verbesserung der Wohnbedingungen von europäischen Arbeitsmigrant*innen geführt haben. Daraus kann die deutsche Seite lernen.

Mit der Pandemie wurden außerdem grenzüberschreitende Netzwerke, auch zwischen kommunalen Akteur*innen, aufgebaut, über deren Arbeit wir weitere Erkenntnisse gewinnen möchten, um sie fortan weiter auszubauen.



Prof. Dr. Ingrid Jungwirth, Professorin für Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt Diversität und Inklusion an der Fakultät Gesellschaft und Ökonomie der Hochschule Rhein-Waal

G.I.B.: Warum steht die Zielgruppe der transnationalen Migrantinnen und Migranten im Fokus Ihrer Forschung, und was ist der Mehrwert des Forschungsprojekts für die Gesellschaft?

Prof. Dr. Ingrid Jungwirth: Wir leben in Deutschland in einer Einwanderungsgesellschaft und transnationale Migrant*innen sind Teil dieser Gesellschaft – insbesondere vor dem Hintergrund der Europäisierung. Arbeitsmigrant*innen machen Arbeiten, die seit der Pandemie als ‚systemrelevant‘ etikettiert sind. Gleichwohl sind diese Arbeiten oft unsichtbar und werden unter prekärsten Arbeits- und Lebensbedingungen erbracht. Für demokratisch verfasste Gesellschaften ist es inakzeptabel, dass arbeits- und sozialrechtliche Standards unterminiert werden, indem sie nur für bestimmte soziale Gruppen gelten und für andere nicht.

Mit unserer Forschung wollen wir herausfinden, inwiefern in der Euregio Region Rhein-Waal transnationale soziale Räume und Institutionen im Entstehen begriffen sind. Wir leisten mit unserer Forschung einen Beitrag dazu, herauszufinden, wie sich Gesellschaft im Kontext der Europäisierung wandelt. Welche Standards sollen aufrechterhalten werden? Das sind die zentralen Fragen, über die man sich als Gesellschaft verständigen muss, und wozu auch die Politik aktiv werden muss. Wie gestalten Menschen ihr Leben in diesem neuen gesellschaftlichen Kontext?

G.I.B.: Was kennzeichnet die Zielgruppe? Wer lebt in der Grenzregion am Niederrhein?

Prof. Dr. Ingrid Jungwirth: Inzwischen lebt dort eine beträchtliche Gruppe von Migrant*innen. Wie können sie als EU-Bürger*innen am sozialen Leben teilhaben? Wie können ihre Kinder an Bildung teilhaben? Wie gut sind sie in ihre Nachbarschaft integriert und welche Netzwerke haben sie? Das sind wichtige Fragen in einer Demokratie. Was wir bereits wissen, ist, dass einige Menschen gar nicht gut integriert sind und unter menschenunwürdigen Bedingungen leben. Deswegen ist es wichtig, mehr über

deren soziale Teilhabe an Arbeit und Bildung und anderen wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen zu erfahren. Es gibt sehr unterschiedliche Lebensrealitäten, es gibt hoch mobile Migrant*innen, andere bleiben, werden sesshaft und gründen eine Familie, wieder andere migrieren über mehrere Staaten. Sogenannte Arbeitsmigrant*innen arbeiten aber nicht nur, sondern sie haben auch ein Leben, oder wie Max Frisch sagte: „Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen“. Manche Arbeitsmigrant*innen kommen aus Ländern, die gar nicht zur EU gehören, wie Ukraine und Weißrussland. Sie reisen mit falschen Papieren auf dem Ticket der Freizügigkeit, und ihre Lebensbedingungen sind umso prekärer. Über diese Realitäten möchten wir mit unserem Projekt systematische Erkenntnisse gewinnen.

G.I.B.: Sind die vorzufindenden Arbeitsverhältnisse als moderne Sklaverei zu bezeichnen?

Prof. Dr. Ingrid Jungwirth: In den Niederlanden wurde gerade grenzüberschreitende organisierte Kriminalität untersucht. Aus dieser Untersuchung und aus unseren ersten Interviews wissen wir, dass es in diesem Bereich Verhältnisse gibt, wo Menschen sämtlicher

„Aus dieser Untersuchung und aus unseren ersten Interviews wissen wir, dass es in diesem Bereich Verhältnisse gibt, wo Menschen sämtlicher Rechte beraubt werden.“

Rechte beraubt werden. Aus der Forschung zur Care-Arbeit wissen wir, dass es ausbeuterische Strukturen gibt, dass den Arbeitskräften, fast immer Frauen, ihre Pässe abgenommen werden, dass ihre Löhne nicht gezahlt werden, dass sie zu unmöglichen Arbeitszeiten arbeiten müssen und dass man sie der Möglichkeit beraubt, außerhalb der Arbeit ein Leben zu führen. Das sind sicherlich keine Bedingungen, die den hier üblichen Standards entsprechen.

G.I.B.: Die Wohn- und Arbeitsbedingungen werden gemeinsam betrachtet. Welche Methoden nutzen Sie, um mehr über die Lebensrealitäten herauszufinden?

Prof. Dr. Ingrid Jungwirth: Schlechte Arbeitsbedingungen bedeuten meistens auch schlechte Wohnbedingungen. Mit den Beispielen aus der Fleisch verarbeitenden Industrie wurde das zuletzt offensichtlich.

„Aber wir vernachlässigen, dass diese Menschen als Arbeiterinnen und Arbeiter unseren Lebensstil erst möglich machen.“

In der Vorstudie, die aktuell läuft, arbeiten wir mit der Analyse von Dokumenten, wir werten die gesetzlichen Regelungen und die Beratungsleitfäden von Gewerkschaften, Ministerien und Kommunen aus. Im Zentrum steht das neue Arbeitsschutzkontrollgesetz und in NRW das Wohnraumstärkungsgesetz. Wir führen Expert*innen-Interviews mit Akteur*innen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, das heißt mit Arbeitgeber*innenverbänden, Arbeitgebenden, mit Kommunalpolitiker*innen und Mitarbeitenden aus Migrant*innenorganisationen und Gewerkschaften sowie religiösen Einrichtungen. Darauf aufbauend wird ein weiteres Projekt die Erfahrungen von Arbeitsmigrant*innen selbst sowie von Arbeitgeber*innen untersuchen. Um dessen Finanzierung bemühen wir uns gerade.

G.I.B.: Wie wird die prekäre Situation der Migrantinnen und Migrant*innen in der Öffentlichkeit bewertet?

Prof. Dr. Ingrid Jungwirth: Die schlechten Arbeitsbedingungen im Versandhandel, in der Fleischindustrie, in der Care-Arbeit haben eine große Empörung ausgelöst und gelten als nicht akzeptabel. Gleichzeitig gibt es eine gewisse Unehrlichkeit, sich einzugestehen, dass unsere Gesellschaft davon profitiert, dass diese Arbeiten überhaupt gemacht werden und sie uns einen ausgeprägten Wohlstand ermöglichen. Sehr viele Menschen ohne Migrationsgeschichte kön-

nen sich auch deshalb eine berufliche Karriere erlauben, weil andere Menschen da sind, die ihre Verwandten versorgen. Man nimmt auch gerne in Anspruch, dass es billiges Fleisch gibt oder die Zusendung vielerlei Produkte, die wir brauchen oder vielleicht auch nicht. Der Konsum wird in einer Weise ermöglicht, wie er ansonsten vermutlich nicht stattfinden würde. Aber wir vernachlässigen, dass diese Menschen als Arbeiterinnen und Arbeiter unseren Lebensstil erst möglich machen. In der Pandemie wurde für die Beschäftigten in Supermärkten und für Pflegepersonal applaudiert, aber die grundsätzliche Frage ist doch, wie sehr wir als Gesellschaft tatsächlich bereit sind, für alle Beschäftigten gute Arbeits- und Lebensbedingungen zu ermöglichen.

G.I.B.: Im Rahmen des Forschungsprojektes wollen Sie auch Handlungsempfehlungen formulieren. An wen werden diese adressiert?

Prof. Dr. Ingrid Jungwirth: Die politischen Entscheidungsträger*innen sind unsere Ansprechpartner*innen. Deswegen sind die Ministerien beteiligt, denn sie haben ein ganz zentrales Erkenntnisinteresse: Wie können Maßnahmen entwickelt werden, wie können verwaltungsrechtliche Vorgänge geschaffen oder umgewandelt werden, sodass eine Unterschreitung der Standards nicht mehr so leicht möglich oder sogar verhindert wird. Die Arbeitgeber*innen sind stark in der Pflicht, Arbeitsschutzmaßnahmen ernst zu nehmen und umzusetzen. Wir sind interessiert daran, wie das bisher funktioniert hat, was sie gelernt haben. Aber auch, was funktioniert nicht gut, welche Voraussetzungen sind erforderlich, damit Arbeitsschutzmaßnahmen umgesetzt werden? Für zivilgesellschaftliche Einrichtungen wie Migrant*innenorganisationen oder Beratungsstellen, die bereits viel Wissen und Erfahrung haben, ist es wichtig, wissenschaftliche Erkenntnisse zu erhalten, auf die sie ihre Arbeit aufbauen können. Welche kritischen Situationen gibt es und welche Ausbeutungsverhältnisse existieren? Und schließlich, welches sind die rechtlichen Möglichkeiten, sich zu wehren?

G.I.B.: Was bewegt Sie persönlich zu dieser Forschung, Frau Professorin Jungwirth?

Prof. Dr. Ingrid Jungwirth: Wir leben in einer Einwanderungsgesellschaft und in einer globalisierten und einer sich ständig verändernden Welt – und das ist sehr aufregend. Die EU beschert Deutschland einen großen Wohlstand. Wir müssen uns darüber bewusst werden, dass dies auf der Basis von Arbeit von Menschen möglich ist, die in manchen Sektoren zu einem großen Anteil Migrant*innen sind oder Menschen, die rassistisch diskriminiert werden. Ich glaube, diesen Bedingungen müssen wir Rechnung tragen. Dazu soll unser Projekt beitragen. Wir haben einerseits die zentralen nationalstaatlichen Bedingungen und andererseits die Entwicklung der Europäisierung und Globalisierung, die ganz neue Herausforderungen und neue Möglichkeiten mit sich bringt. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir uns bewusst machen, dass wir nicht mehr nur in einem Nationalstaat leben, der wie ein Container abgeschlossen ist, sondern dass Gesellschaft auch über nationalstaatliche Grenzen hinweg entsteht. Das Ziel des langfristigen Forschungsprojekts ist es, auf theoretischer Ebene

„Ich glaube, es ist wichtig, dass wir uns bewusst machen, dass wir nicht mehr nur in einem Nationalstaat leben, der wie ein Container abgeschlossen ist.“

ne mehr Erkenntnisse darüber zu gewinnen: Sind wir dabei, einen transnationalen Arbeitsmarkt mit neuen Wertvorstellungen, Voraussetzungen und Erwartungen zu entwickeln? Und welche Charakteristika kennzeichnen diesen Markt? Aufseiten der Arbeiter*innen gibt es längst das grenzüberschreitende Leben, und nun beginnt auch die Vernetzung auf Ebene der Kommunalpolitik. Entstehen jetzt auch neue Institutionen? Das sind interessante Fragen, denen ich mich gerne widme, und ich freue mich sehr, dieses Projekt durchzuführen und Veränderungen in Bewegung bringen zu dürfen.

DAS INTERVIEW FÜHRTEN

Lena Becher

Tel.: 02041 767251

l.becher@gib.nrw.de

Hanna Göhler

Tel.: 01577 6332164

hanna.goehler@digitalhabitat.de

KONTAKT

Prof. Dr. Ingrid Jungwirth

Professorin für Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt Diversität und Inklusion

Hochschule Rhein-Waal

Fakultät Gesellschaft und Ökonomie

Marie-Curie-Str. 1

47533 Kleve

Tel.: 02821 80673349

ingrid.jungwirth@hochschule-rhein-waal.de